

„Die Krise der kommunalen Finanzen“

Beitrag der Vorsitzenden der SSW-
Landtagsgruppe, Anke Spoorendonk

auf dem SSW-Parteitag am 9.09.2006 in Husum

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 144 08 305

E-mail: landtag@ssw.de

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,
kære venner,

viele Bürgerinnen und Bürger hatten große Hoffnungen, als im Mai 2005 eine Große Koalition in Kiel die rot-grüne Regierung von Heide Simonis ablöste und im November auch in Berlin eine CDU-SPD-Bundesregierung gebildet wurde. Endlich würden die beiden großen Volksparteien gemeinsam das Land voranbringen und „durchregieren“, hieß es. Jetzt war endlich die Zeit für große, breite Reformen gekommen. - Und was ist in der Wirklichkeit aus diesen Hoffnungen geworden? Enttäuschung, Verunsicherung, und Vertrauensverlust haben die Großen Koalitionen uns gebracht.

Selten sind die Erwartungen an eine Regierung in so kurzer Zeit enttäuscht worden. Sowohl die Große Koalition in Berlin als auch die Landesregierung in Kiel haben es geschafft, innerhalb von weniger als einem Jahr die Hoffnungen zu zerstören. Wie groß die Enttäuschung ist, zeigen die schlechten Meinungsumfragen für CDU und SPD. Ja, es ist sogar noch schlimmer: Obwohl die Wirtschaft wieder einen Aufschwung erlebt, ist die politische Stimmung verheerend. Das ist die Leistung der CDU/SPD-Regierungen: Die Großen Koalitionen haben uns nicht den Fortschritt gebracht, sondern Verunsicherung. Das ist die Realität.

Die Ursachen für diese Unsicherheit sind nicht nur politische Fehlentscheidungen und krumme Kompromisse, sondern vor allem das ewigen Hick-Hack zwischen den Regierungsparteien. Was soll man denn auch von einer Regierung halten, die sagt, „wir sitzen in einem Boot“, um dann

jeder lustig in seine Richtung zu rudern? Egal, ob es jetzt um das neue Schulgesetz in Schleswig-Holstein geht, um Studiengebühren, um das Kopftuch-Verbot in Schulen oder um die Gesundheitsreform – in diesen und vielen anderen Fragen werden täglich neue Säue kreuz und quer durchs Dorf getrieben. Der Bürger steht verwirrt auf dem Dorfplatz und weiß nicht mehr, wo es lang geht.

Das allerschlimmste ist aber, dass die Großen Koalitionen gerade den letzten Rest an Vertrauen in die Politik verspielen. Weil diese Regierungen ihre Wahlversprechen reihenweise brechen und nicht einmal im Stande sind, die Verabredungen in den eigenen Koalitionsverträgen einzuhalten, weiß keiner mehr, woran er ist.

Die Große Koalition in Kiel hat im Mai letzten Jahres einen Koalitionsvertrag beschlossen, in dem sie die Politik der Landesregierung festgelegt hat. Es hat nicht viel mehr als ein halbes Jahr gedauert, bis sie diese Zusagen ohne zu zucken auf den Scheiterhaufen der Geschichte geworfen hat. Noch im Dezember hat Peter Harry Carstensen den Polizisten versprochen, dass bei ihnen nicht mehr gespart wird. Zwölf Wochen später, im März, legte seine Landesregierung einen Haushaltsentwurf vor, in dem das Weihnachtsgeld von Beamten, Polizisten und Lehrern stark gekürzt wird. Wen wundert es da, dass selbst die Staatsdiener sich im Zorn von der Politik abwenden?

Der Gipfel des Vertrauensbruchs ist aber der geplante Eingriff in die kommunalen Finanzen, der nicht nur Verwaltungsleute, sondern auch Politiker auf die Palme bringt. Zum ersten Mal in der Geschichte Schleswig-Holsteins haben Bürgermeisterinnen und Bürgermeister vor dem Landtag demonstriert; die Basis von CDU und SPD laufen gegen die Pläne der CDU/SPD-Landesregierung Sturm, wie noch nie zuvor. Sie tun dieses nicht, weil ihnen in die privaten Taschen gegriffen wird, sondern weil sie zu Recht um die Handlungsfähigkeit und die finanzielle Existenz ihrer Städte und Gemeinden fürchten. Sie tun dieses, weil sie von Bürgerinnen und Bürgern gewählt worden sind, um sich für das Wohl ihrer Kommune einzusetzen, und das ist jetzt gefährdet. Vor dem Hintergrund der katastrophalen Haushaltsslage der Kreise, Städte und Gemeinden wird der Eingriff in die kommunalen Finanzen weit reichende Folgen für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort haben. Ich finde es ist skandalös, dass die Große Koalition diesen Hilferuf der kommunalen Ebene einfach ignoriert.

Die Landesregierung hält verböhrt an ihren Plänen fest, die Zuschüsse für die Gemeinden 2007 und 2008 jeweils um 120 Millionen Euro zu kürzen. Dabei hat diese Große Koalition noch vor einem Jahr in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass „das Land seinen Haushalt nicht zulasten der Kommunen sanieren will und darf“. Recht hatten sie, und wir bleiben dabei: Der SSW

lehnt den diebischen Griff in die Taschen der Kommunen ab. Wenn das Land kein Geld mehr hat, dann muss es bei sich selber anfangen und es nicht einfach mit Gewalt bei den verarmten Kommunen holen. Deshalb legt der Landesvorstand heute einen entsprechenden Resolutionsantrag vor.

Die Landesregierung begründet die Kürzungen unter anderem damit, dass die Kommunen in Schleswig-Holstein nicht so sehr verschuldet sind wie das Land. Daher müsse zwischen Land und Kommunen umverteilt werden. Diese Argumentation ist aus drei Gründen falsch:

1. Wenn die staatlichen Einnahmen sinken oder die Ausgaben steigen, weil die Konjunktur schwankt, dann müssen der Bund und das Land diese zusätzlichen Kosten selbst auffangen. Die Kommunen haben keine eigenen Steuereinnahmen, aber viele feste Aufgaben, die sie für die Bürger erbringen müssen. Es kann also nicht Aufgabe der Kommunen sein, je nach kurzfristiger Kassenlage in Berlin und Kiel zu kürzen oder auszubauen.
2. Die meisten Aufgaben der Kommunen werden vom Land bestimmt. Die Kreise, Städte und Gemeinden haben es in den letzten Jahren geschafft, diese Aufgaben zu bewältigen, ohne viele neue Kredite aufzunehmen. Das Land hingegen hat im selben Zeitraum wesentlich mehr neue Kredite aufgenommen. Die Kommunen haben schon einen erheblichen Beitrag zu den Einsparungen geleistet.
3. Seit dem Koalitionsvertrag im letzten Jahr sind die Prognosen für die Steuereinnahmen für die nächsten drei Jahre deutlich gestiegen. Das Land kann mit Mehreinnahmen von 829 Millionen Euro rechnen. Die Landesregierung bekommt also mehr Geld. Sie will den Kommunen aber trotzdem an den Kragen, obwohl die finanzielle Situation sich seit dem letzten Jahr um einiges verbessert hat. Die Solidarität des Landes mit seinen eigenen Kommunen ist aber offensichtlich am Ende, ich finde das ist ein Trauerspiel!

Nun ist das aber alles nicht so schlimm, sagt die Große Koalition, denn die Kommunen haben doch noch viele Möglichkeiten zu sparen, sagen sie. Außerdem wollen CDU und SPD noch einige Regeln lockern, so dass die Kommunen weniger Aufgaben für die Bürger erfüllen müssen. Dann brauchen sie ja auch nicht so viel Geld, meint man. Aber dieser Ausgleich für die Kommunen ist überhaupt nicht akzeptabel, denn da sollen Dinge abgeschafft und eingeschränkt werden, die für uns zu einer modernen Gemeinde dazugehört.

Der kleine Parteitag der CDU hat Vorschläge gemacht, was man denn so alles streichen kann, damit die Kommunen mit 120 Millionen Euro weniger auskommen. Das was die CDU eine Liste von überflüssigen Dingen nennt, nenne ich einen Katalog der Grausamkeiten an Kindern, Jugendlichen, Studierenden, Frauen und Arbeitnehmern. Eine so enorme Summe ließe sich nur einsparen,

indem man alle Standards freigibt – zum Beispiel für Kindergärten –, die Lernmittelfreiheit einschränkt, die Mitbestimmung lockert, die Gleichstellungsbeauftragten abschafft oder die Zuschüsse für Theater, Kultur und Frauenhäuser kürzt oder gar ganz abschafft. Das werden wir als SSW-Abgeordnete garantiert nie unterstützen.

Während die CDU so aber wenigstens ehrlich war, was die Konsequenzen der Kürzungen angeht, wollte die SPD lieber doch nicht so weit gehen. Sie legte stattdessen einen Katalog vor, der nicht so grausam ist, aber dafür umso unglaubwürdiger. Denn natürlich können die Sozialdemokraten auch keine 120 Millionen sparen, ohne drastisch zu kürzen. Die SPD legte also Vorschläge vor, die reine Luftbuchungen sind und so erst einmal niemandem wehtun. Niemand kann aber ernsthaft daran glauben, dass man zum Beispiel mit der geplanten Verwaltungsstrukturreform über 30 Millionen Euro einsparen kann. Im Gegenteil, die Einführung einer neuen Verwaltungsebene oberhalb der Kreise, die Einführung von Verwaltungsregionen, wird wohl erst einmal mehr Geld kosten. Trotzdem hat die Landesregierung weitgehend die Vorschläge der SPD übernommen. Die Kommunalen Spitzenverbände haben nachgerechnet und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass die Kommunen durch den angebotenen Ausgleich der Landesregierung höchstens 10 bis 20 der 120 Millionen sparen können. Die Rechnung für diese CDU/SPD-Luftnummer von über 100 Millionen Euro zahlen also die Kreise, Städte und Gemeinden. Sie müssen nachher selbst die Grausamkeiten finden und durchführen.

Ich fasse also zusammen: Angesichts steigender Steuereinnahmen ist der Eingriff in die kommunalen Finanzen nicht mit der angespannten Haushaltslage des Landes zu rechtfertigen. Die von CDU und SPD vorgeschlagenen Sparvorschläge für die Kommunen sind entweder völlig unakzeptabel oder unseriös. Am Ende wird die ganze kommunale Familie als Verlierer dastehen. Die Verwaltungen und Kommunalpolitiker werden zu Kürzungen in ihren ohnehin völlig abgemagerten Haushalten gezwungen. Die Bürgerinnen und Bürger vor Ort werden die Leidtragenden sein. Der SSW fordert daher die Große Koalition auf, im Zuge der Haushaltsberatungen den Eingriff in die kommunalen Finanzen zu überdenken. Trotz der großen finanziellen Probleme darf das Land seinen Haushalt nicht auf Kosten anderer sanieren, das muss der Landtag schon selbst in Angriff nehmen! Für den SSW heißt das: Nur wenn es uns gelingt, ein Sanierungskonzept zu beschließen, das über eine Wahlperiode hinaus reicht, dann kommen wir wirklich weiter. Wir wissen aber auch: Allein durch Kürzungen schaffen wir es nicht, einen ausgeglichenen Landeshaushalt zu bekommen. Wir brauchen mehr Einnahmen – das heißt: erst wenn mehr Menschen in Arbeit kommen, wird sich die Situation des Landes ernsthaft verbessern. Das erreichen wir aber bestimmt nicht, indem wir die Kommunen über den Abgrund stoßen, die mit ihren Investitionen vor Ort Arbeitsplätze schaffen und erhalten.

Der SSW ist solidarisch mit den Kommunen in Schleswig-Holstein. Unsere Politikerinnen und Politiker sind in den Kreisen, Städten und Gemeinden im nördlichen Landesteil fest verwurzelt. Allerdings wird diese Solidarität durch unsere Kolleginnen und Kollegen in den Verwaltungen und Kommunalparlamenten teilweise stark strapaziert. Denn wenn es um die Gleichbehandlung der dänischen Schulkinder geht, hört ihre Solidarität mit der Minderheit offensichtlich auf.

Sowohl der Gemeindetag als auch die leitenden Verwaltungsbeamten und hauptamtlichen Bürgermeister im Kreis Nordfriesland haben bereits wortgewaltig dagegen protestiert, dass sie ab 2007 einen größeren Teil ihrer Verantwortung für die dänische Minderheit übernehmen müssen. Die Städte und Gemeinden zahlen heute an das Land einen Zuschuss für jede Schülerin und jeden Schüler, der in ihrer Gemeinde wohnt. Mit diesem so genannten Schullastenausgleich übernehmen die Kommunen ihren Anteil der Kosten für die Schulbildung. Dabei wurde bisher einen Unterschied zwischen Kindern an öffentlichen und an dänischen Schulen gemacht. Für ein Schulkind an einer dänischen Schule musste die Gemeinde nur 25 % von dem ausgeben, was sie für ein deutsches Schulkind ausgibt.

Dieses soll jetzt geändert werden, wenn die Schülerkostensätze für die dänischen Schulen im Schulgesetz mit den Sätzen für die öffentlichen Schulen gleich gestellt werden sollen. In Zukunft zahlt das Land an öffentliche und dänische Schulen dieselben Zuschüsse pro Schulkind. Dafür sollen die Städte und Gemeinden jetzt ihren Anteil voll übernehmen, und dagegen laufen sie Sturm.

Ich kann ja verstehen, dass die Kommunen angesichts der leeren Kassen nicht begeistert sind, dass sie jetzt mehr für ihre dänischen Schulkinder ausgeben sollen. Nach Schätzung des Bildungsministeriums wird dieses jährlich zwischen 2,2 und 3,3 Millionen Euro mehr kosten. Wenn ich aber höre und lese, wie die Verwaltungsvertreter gegen diese Änderung protestieren und sich über die Belastung durch die Minderheit beschweren, dann muss ich aber auch ganz klar sagen: Wir lassen uns nicht gefallen, dass unsere Kinder zum Spielball im Clinch zwischen den Kommunen und dem Land werden!

Denn eines muss man doch auch sehen: Wenn es die dänischen Schulen nicht gäbe, dann müssten unsere Kinder in öffentliche Schulen gehen. Die Gemeinden haben in den vergangenen Jahrzehnten also enorme Summen gespart, weil sie die dänischen Schülerinnen und Schüler nicht gleichbehandelt haben. Nur ein Beispiel: Im Jahr 2004 zahlen die Kommunen an das Land rund 1,2 Millionen Euro für dänische Schüler. Hätten sie genauso viel gezahlt, wie für die anderen Schulkinder,

dann wären es rund 4,9 Millionen gewesen. Das heißt, allein im Jahr 2004 haben die Kommunen durch die Minderheit 3,7 Millionen gespart. Rechnet einmal aus, was das über Jahrzehnte bedeutet hat! Da soll mir niemand sagen, dass eine Erhöhung dieser Beiträge unfair ist. Wir sind keine zusätzliche Belastung für die Gemeinden, wir sind Bürgerinnen und Bürger, und wir können erwarten, dass unsere Kinder unserer Gemeinde nicht weniger wert sind.

Wenn dann jetzt Verwaltungschefs davon reden, dass den Kommunen im Landesteil Schleswig dadurch jetzt die „vollen Lasten“ für die Minderheit aufgebürdet werden soll, dann ist das natürlich vollkommener Unsinn. Es ist richtig, dass das Land dadurch Geld spart, aber es gibt immerhin jährlich über 26 Millionen Euro für den Dänischen Schulverein aus. Die maximal 3 bis 4 Millionen Euro der Gemeinden sind also nur ein Teil der Zuschüsse für die dänischen Schulkinder.

Nochmals: Natürlich kommt diese Erhöhung des Schulkostenbeitrages zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt für die Kommunen im nördlichen Landesteil. Aber das wesentlich größere Problem für die kommunale Ebene ist doch der für 2007 und 2008 geplante Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich und andere Einsparungen bei den Kommunen in Höhe von insgesamt 180 Millionen Euro jährlich. Da ist es völlig unangemessen, wenn jetzt in kommunalen Resolutionen und Briefen das Ende der Bonn-Kopenhagener-Erklärungen heraufbeschworen wird.

Perfide wird es auch, wenn jetzt damit gedroht wird, die höheren Schülerzuschüsse für die dänischen Kinder werden dazu führen, dass freiwillige Leistungen der Kommunen für die Minderheit oder sogar für die Mehrheit gestrichen werden müssen. Wir werden uns nicht gefallen lassen, wenn die kulturellen Zuschüsse für die dänische Minderheit sozusagen als Rache gestrichen werden. Und wir lassen uns schon gar nicht in die Schuhe schieben, dass jetzt alle Vereine in der Gemeinde darunter leiden müssen, dass die dänische Minderheit mehr bekommt. Solche Argumente sind es, die das friedliche Zusammenleben bedrohen und nicht die Gleichbehandlung unserer Kinder. Wenn in der Resolution der hauptamtlichen Bürgermeister in Nordfriesland davon gesprochen wird, dass man „Gefahr läuft, einer Grundsatzdiskussion Vorschub zu leisten, die ab 1955 als überwunden gilt“, dann ist das nicht in Ordnung. Hier wird indirekt mit Konsequenzen für die dänische Minderheit gedroht – für etwas, das die Landesregierung vorschlägt. So können wir – bei allem Verständnis für die finanzielle Situation der Kommunen – nicht im Jahr 2006 miteinander umgehen.

Deshalb bitte ich Euch: unterstützt die hier vorliegende Resolution. Lass uns deutlich machen, dass wir uns eine solche Behandlung nicht gefallen lassen werden!

